

Wolfgang Reeder

Missverständnisse der Marktwirtschaft

Eine Replik

In: Gegenwartskunde
Jg.37(1988)01, S.88-99

1.0 Fachwissenschaft und Fachdidaktik

1.1 Fragestellungen der Politik-Didaktik

1.2 Ansätze der Ökonomie-Didaktik

2.0 Problem: Koordination

2.1 Das erste Missverständnis: Marktfunktion

2.2 Das zweite Missverständnis: Wachstum

3.0 Problem: Verhalten

3.1 Das dritte Missverständnis: Rationalität

3.2 Das vierte Missverständnis: Finalität

4.0 Problem: Ordnung

4.1 Das fünfte Missverständnis: Staatsaufgaben

4.2 Das sechste Missverständnis: Marktversagen

5.0 Problem: Moral

5.1 Das siebte Missverständnis: Gewinn-Maximierung

5.2 Das achte Missverständnis: Egoismus

6.0 Schwierigkeiten der Wirtschafts-Didaktik

6.1 Problem Orientierung

6.2 Problem Kommunikation

1.0 Fachwissenschaft und Fachdidaktik

1.1 Fragestellungen der Politik-Didaktik

Die Diskussion in der *Gegenwartskunde* zur Lage der politischen Bildung kehrte immer wieder zurück zum Verhältnis von Fachwissenschaft und Fachdidaktik. Hans-Hermann Hartwich hat in diesem Zusammenhang für die Politikwissenschaft auf einen interessanten Tatbestand aufmerksam gemacht (01): Einerseits hat sie wesentliche Anregungen von sozialwissenschaftlich orientierten Denkern wie Habermas, Popper, Luhmann erhalten. Andererseits gewinnen heute Denkansätze der praktischen Philosophie zunehmendes Interesse. Wir können diese Tendenzen auch als Konvergenz zwischen Politikwissenschaft und Politischer Bildung beschreiben.

Wegweisende Beiträge von Habermas und Popper wie auch einige Arbeiten von Luhmann sind wissenschaftstheoretischen Problemstellungen gewidmet. Die - über die Methodologie hinausgehende - fachbezogene Grundfrage der Wissenschaftstheorie können wir wohl nicht besser formulieren, als es - auf sein Fach bezogen - Friedrich Schiller mit seiner Antrittsvorlesung 1789 getan hat: "Was heißt und zu welchem Ende studiert man Universalgeschichte ?" Die Beziehungen zwischen Fachwissenschaft und Fachdidaktik lassen sich von dieser Frage her bestimmen - die Auseinandersetzungen über politische Bildung sind zumindest implizit immer wissenschaftstheoretische Kontroversen gewesen (02).

Und mit Problemstellungen der praktischen Philosophie hat Politikwissenschaft die Frage nach Grundwerten und Grundwerte-bezogenen Institutionen als notwendige Konsensbasis einer offenen Gesellschaft wieder aufgenommen. Der Kulminationspunkt praktischer Philosophie - Kants ethische Formulierung des kategorischen Imperativs, zusammengefasst im Begriff der Menschenwürde - ist offensichtlich zur Konsensbasis der Politikdidaktik geworden. Und Menschenwürde ist ja durchaus kein leerer, kein apolitischer Begriff (03).

1.2 Ansätze ökonomischer Didaktik

Die beiden angedeuteten - philosophischen - Dimensionen des Verhältnisses zwischen Fachdidaktik und Fachwissenschaft können und müssen selbstverständlich auch für den Problembereich Wirtschaft als notwendigen Bestandteil politischer Bildung entfaltet werden. Wirtschaftsdidaktik hat die Theorien der Wirtschaftswissenschaft sowohl wissenschaftstheoretisch als auch praktisch-philosophisch infrage zu stellen. Der Wirtschaftsdidaktiker wird also Wirtschaftswissenschaft sichten

- einerseits mit der Frage nach Erkenntnis-Beitrag sowie nach Gegenstand und Methoden der Wirtschaftswissenschaft(en),
- andererseits im Blick auf Handlungsziele, Handlungsmöglichkeiten und Handlungsstrategien der Menschen.

Für die Wirtschaftsdidaktik lassen sich beide Aspekte kaum treffender zusammenfassen als in der - sowohl deskriptiv als auch präskriptiv interpretierbaren - Formulierung, mit der Hans-

Peter Waldrich seine entsprechenden Aussagen beschrieben hat: "Moral und Marktwirtschaft" (04). Systematische Reflexion in dieser doppelten Hinsicht scheint auch deshalb immer wieder erforderlich, weil gerade über Wirtschaft und Wirtschaftswissenschaft manches Fehlurteil kursiert, das durch Kenntnisnahme leicht zugänglicher Literatur korrigiert werden könnte (05). Lehrern, die wirtschaftliche Themen behandeln müssen, wird ihre Aufgabe durch solche Fehlurteile noch zusätzlich erschwert. Im Folgenden sollen - im Anschluss an Hans-Peter Waldrichs Thesen - einige verbreitete Missverständnisse über des Verhältnis von Moral und Marktwirtschaft, damit auch über das Verhältnis von Moral und Ökonomie behandelt werden.

2.0 Problem: Koordination

2.1 Das erste Missverständnis: Marktfunktion

Die Behauptung von "für die Funktionsweise des Marktes unentbehrlichen Verhaltenserwartungen" (Waldrich S.301) stellt einen Kurzschluss dar von Aussagen einerseits über die Motivation, andererseits über die Koordination individueller Handlungen. Jede Form von Arbeitsteilung macht - unabhängig von individuellen Motivationen - Koordination erforderlich. Diese Koordination kann erfolgen entweder vertikal durch Anweisung oder horizontal durch Anpassung. Welche Form der Koordination gewählt wird, hängt davon ab, ob kollektive oder individuelle Zielsetzungen verfolgt werden sollen.

Geht es um gemeinsame Zielsetzungen einer Gruppe von Menschen, um die Organisation einer Veranstaltung z. B., oder um eine notwendig verbindliche Zielsetzung, um den Schutz der Natur etwa, so ist die hierarchische Koordination durch Anweisungen angemessen. Natürlich können die Anweisungen unterschiedlich große individuelle Spielräume zulassen - von der bloßen Zielvorgabe bis zur Vorschrift einzelner Handlungsschritte.

Das Beispiel des indianischen Töpfers (Waldrich S.301/302) bezieht sich auf eine andere Art von Zielsetzungen. Der Töpfer ist offensichtlich bereit, Töpfe zu verkaufen, um sich mit dem Geld andere Güter und Leistungen kaufen zu können. Der Besucher möchte Töpfe erwerben, weil sie ihm gefallen. Hier geht es um individuelle Zielsetzungen - ihnen ist die bürgerliche Koordination durch Anpassung, durch Vertrag angemessen. Ob ein Kaufvertrag zustande kommt und zu welchen Bedingungen, ist ausschließlich Angelegenheit der beiden Wirtschaftssubjekte. Von mangelnder Funktionsfähigkeit des Marktes kann logischerweise nur gesprochen werden, wenn der Markt seine Funktion nicht erfüllt. Seine Funktion besteht in der horizontalen Koordination arbeitsteiligen Handelns - zu den Bedingungen, auf die sich die beteiligten Wirtschafts-Subjekte einigen.

2.2 Das zweite Missverständnis: Wachstum

Sollten sich im genannten Beispiel Töpfer und Besucher nicht einigen, so wäre auch das kein Beleg gegen die Funktionsfähigkeit des Marktes. Einigen sich die beiden nicht, so bedeutet das: Keiner der beiden kann dem anderen seine Zielsetzungen aufzwingen - die Koordination erfolgt eben durch wechselseitige Anpassung, nicht durch Befehl und Gehorsam.

Wenn das Beispiel trotz seiner offensichtlichen Untauglichkeit als Beleg für die Funktionsunfähigkeit des Marktes bei den beschriebenen Verhaltensweisen dienen soll, so muss der Autor 'Funktionsfähigkeit' auf eine andere, im Beispiel gar nicht benannte Systemleistung beziehen. Führt man als Zielsetzung Wachstum des Sozialprodukts ein, so ist das Verhalten des Töpfers in der Tat disfunktional.

Misst man Funktionsfähigkeit aber an der Größe Wachstum, dann ersetzt man die Zielsetzungen des Töpfers und des Besuchers durch Zielsetzungen des Beobachters. Ludwig Erhard nannte dies - warnend - die "Entthronung des realen Konsumenten durch fiktive Wachstumsziffern" (06). Die Probleme solcher Entthronung sind heute - bleiben wir im geographischen Bereich des Beispiels - gerade in Entwicklungsländern schmerzhaft sichtbar: Orientiert an fiktiven Wachstumsraten wurden mit forcierten Industrialisierungs-Programmen politische, kollektive Zielsetzungen gegen die Zielsetzungen v.a. der bäuerlichen Bevölkerung dieser Länder durchgesetzt.

Kollektive Zielsetzungen verdrängten durch Befehl und Gehorsam individuelle Zielsetzungen wie die des Töpfers. Horizontale, marktmäßige Koordination wurde durch vertikale, also nicht-marktmäßige Koordination verdrängt. Wirtschaftsdiktaturen von links und rechts zerstörten mit den Märkten Wirtschaft und Kultur dieser Länder.

3.0 Problem: Verhalten

3.1 Das dritte Missverständnis: Rationalität

Von mangelnder Funktionsfähigkeit des Marktes also können wir im Töpfer-Beispiel nur dann sprechen, wenn wir nicht von den Präferenzen der beteiligten Wirtschaftssubjekte ausgehen, sondern ihr Verhalten an fremden, von außen herangetragenen Präferenzen messen. Dies zu tun, ist nun logisch nicht zwingend, vor allem: es ist marktwidrig. Denn das Koordinations-system Markt geht von den gegebenen Präferenzen der Wirtschaftssubjekte aus. Dasselbe gilt für das Rationalitätsverdikt über den Töpfer.

Sein Verhalten kann nur dann als irrational bezeichnet werden, wenn man nicht von seinen eigenen, individuellen Zielvorstellungen ausgeht, sondern sein Verhalten fremden, kollektiven Zielvorstellungen unterwirft. Man müsste also zunächst einmal unterscheiden zwischen individueller und kollektiver Rationalität. Sobald man aber das wirtschaftliche Verhalten von Menschen kollektiver Rationalität unterwirft, hat man den Boden der Marktwirtschaft verlassen - marktwirtschaftlich gesehen ist das Verhalten des Töpfers rational, denn niemand anders als er selbst kann entscheiden, was für ihn vernünftig ist und was nicht.

Unterscheiden wir individuelle und kollektive Rationalität, gerät auch die beliebte Konstruktion eines Homo Oeconomicus in Schwierigkeiten. Entweder ist diese Konstruktion inhaltlich bestimmt. Das bedeutet: Ihr werden konkrete Präferenzen, also Handlungsziele zugeschrieben. Dieser Homo Oeconomicus hat mit Marktwirtschaft nichts zu tun, da er ein Konstrukt kollektiver Rationalität ist. Oder diese Konstruktion soll mit Marktwirtschaft vereinbar sein. Dann

kann sie nicht inhaltlich bestimmt sein. Denn ist sie leer, formal. Dann sagt sie lediglich: Menschen verhalten sich im Rahmen ihrer persönlichen Präferenzen ökonomisch. Sie werden versuchen, einen gegebenen Ertrag mit geringst möglichem Aufwand oder mit gegebenem Aufwand einen höchstmöglichen Ertrag zu erzielen. Ob der Ertrag in der Verfügung über eine größtmögliche Gütermenge besteht, oder in höchstmöglicher Arbeitszufriedenheit (wie in Waldrichs Töpfer-Beispiel), oder in Seelenheil, Familie, Ahnenverehrung (wie in seinem Klostergründungs-Beispiel) - das hat im marktwirtschaftlichen System ausschließlich das einzelne Wirtschaftssubjekt selbst zu entscheiden.

3.2 Das vierte Missverständnis: Finalität

Natürlich können wir, müssen wir die Frage stellen, wie diese persönlichen Entscheidungen zustande kommen, welche sozialen Faktoren hier Einfluss nehmen. Nur ist dies keine ökonomische Fragestellung mehr, sondern eine psychologische, eine soziologische Fragestellung. Schließlich ist die Ökonomie keine Totalwissenschaft, die alle menschlichen Lebensvollzüge zu beschreiben und zu erklären beansprucht.

Es gibt eine Denkrichtung, in der Ökonomie zur Integrationswissenschaft geworden ist: die marxistische politische Ökonomie. Sie mündet aber in ein System kollektiver Rationalität, damit vertikaler Koordination. Marktwirtschaftliche Ökonomie beschreibt und erklärt Aspekte menschlichen Verhaltens neben anderen, die Gegenstand der anderen Humanwissenschaften sind, bleibt also auf die anderen Humanwissenschaften angewiesen. Würde sie sich aus diesem Zusammenhang lösen und eine allgemeine Theorie menschlichen Verhaltens zu liefern vorgeben, so könnte man von ökonomistischem, damit ideologischem Denken sprechen.

Ökonomistisches Denken ist nun weit verbreitet - weniger in der Ökonomie selbst als im öffentlichen Umgang mit ökonomischen Argumenten. Interessant dabei ist, dass sich durchaus gegensätzliche Lager der ökonomistischen Denkfigur bedienen - aus leicht durchschaubaren Interessen. Es sind ja durchaus verschiedene Richtungen, die einen Gegensatz von Ökonomie und Ökologie konstruieren - die einen mit der Behauptung, die Ökologie sei wichtiger als die Ökonomie, die anderen mit der Warnung, die Ökologie müsse ökonomisch vertretbar sein.

In beiden Aussagen wird unterstellt, Ökonomie enthalte ein eigenes Zielsystem - damit stünde das Ziel Ökonomie gegen das Ziel Ökologie. Rufen wir uns den fundamentalen Satz der Ökonomie: das ökonomische Prinzip ins Gedächtnis, wird schnell einsichtig, wie unsinnig diese Unterstellung ist: Einen gegebenen Ertrag mit geringst-möglichem Aufwand siehe oben. Selbstverständlich können wir das Zielbündel Ökologie in die Formulierung des ökonomischen Prinzips einsetzen. Die Erhaltung unserer Umwelt ist dann der Ertrag, der mit geringst-möglichem Aufwand - zum Beispiel mit geringst-möglichem Verzicht auf andere Güter und Leistungen, mit geringst-möglichen Opportunitätskosten also - zu erzielen ist.

Ökonomie kann keine Was-Aussagen treffen, sondern nur Wie-Aussagen. Ökonomie ist kein System finaler, sondern ein System modaler Aussagen. Ökonomie kann weder dem Töpfer vorschreiben, wie viele Töpfe er zu welchem Preis verkauft, noch dem Grafen, ob und wieviele

Klöster er gründet, noch uns, ob wir Umweltschutz wollen sollen oder nicht. Die Ziel-Entscheidungen müssen wir selber treffen. Wie wir unsere selbstbestimmten Ziele mit geringstmöglichem Aufwand verwirklichen können - dazu hat uns die Ökonomie durchaus einiges mitzuteilen.

4.0 Problem: Ordnung

4.1 Das fünfte Missverständnis: Staatsaufgabe

Das Verhalten des Grafen, der einen erheblichen Teil seines Einkommens für die Gründung eines Klosters verwendet (Waldrich S.304/05), ist also alles andere als marktwidrig. Er realisiert seine Präferenzen, seine persönlichen Wertvorstellungen - wie wir alle es tun, wenn wir unser Einkommen für Lebensmittel, Urlaub, Literatur, Konzertbesuche oder Dritte-Welt-Projekte ausgeben. Die Verwendung unseres Einkommens kann gar nicht marktwidrig sein - wohl aber seine Entstehung.

Sicherlich würde der Graf am liebsten mehrere Klöster gründen - Augustinus, Thomas von Aquin und der junge Martin Luther dürften ihn in dieser Absicht grundsätzlich bestärken. Dazu müsste er freilich, in rationaler Verfolgung des eigenen Vorteils, danach streben, ein möglichst hohes Einkommen, einen möglichst hohen Gewinn zu erzielen. Unter Marktbedingungen, bei durch Angebot und Nachfrage frei gebildeten Marktpreisen wäre dagegen nichts einzuwenden. Denn durch Angebot und Nachfrage frei gebildeter Marktpreis bedeutet: Der Graf erhält nur dann eine Leistung, wenn er eine Gegenleistung erbringt, die in den Augen der anderen Marktparteien, also subjektiv gleichwertig ist.

Die Bauern der Landesherrschaft des Grafen wären zu befragen, ob sie die Leistungen ihres Herrn als angemessenen Ausgleich für die Abgaben empfinden, die sie - unter anderem für die gräfliche Gründung eines Klosters - zu erbringen gezwungen sind. Unter den ihnen vorgegebenen Bedingungen vertikaler Koordination haben sie jedenfalls keine Möglichkeit zu entscheiden, ob das Leistungs-Gegenleistungs-Verhältnis für sie recht und billig ist.

Bei vertikaler Koordination ist Martin Luthers 1524 in "Von Kaufhandlung und Wucher" (00) formulierte Mahnung in der Tat notwendig, die Ware nicht so teuer zu geben, als ich kann oder will, sondern so teuer, als recht und billig ist. Die Frage ist, was nun in jedem Einzelfall recht und billig ist. Diese Frage können wir auf zwei Arten beantworten: Entweder wird für jede Ware ein objektiver, überall gültiger Preis festgelegt. Dass die sozialistischen Länder gerade solche Fixierungen zu überwinden versuchen, deutet die Probleme dieses Weges schon an: Preisfixierungen leisten entweder der Verschwendung knapper Ressourcen oder der Ausbeutung der Nachfrager Vorschub. Oder wir räumen den Beteiligten des Recht ein, den Preis zu bestimmen - durch Angebot und Nachfrage, durch horizontale Koordination.

Horizontale Koordination findet nur statt, wo nicht eine Marktpartei der anderen die Preise diktiert - das wäre vertikale Koordination, also nicht mehr Marktwirtschaft. Diktat schließt Alternativen aus. Marktwirtschaft erfordert Alternativen. Der ökonomische Begriff für Alter-

nativen heißt Konkurrenz. Konkurrenz stellt sich unter Marktbedingungen nicht automatisch ein. Wettbewerb ist eine staatliche Veranstaltung. Wenn der Staat seiner Pflicht zu Durchsetzung und Sicherung des Wettbewerbs nicht oder nur ungenügend nachkommt, so hat nicht der Markt versagt, sondern der Staat.

4.2 Das sechste Missverständnis: Marktversagen

Dass der Staat Rahmenbedingungen für die marktmäßige Koordination arbeitsteiligen Wirtschaftens setzen muss, ist eine Selbstverständlichkeit. Kein Spiel funktioniert ohne Regeln und ihre Kontrolle. Kein soziales System funktioniert ohne Normen und ohne Sanktionen bei Normverstößen. Anders formuliert: Kein soziales System kann funktionieren, wenn neben der individuellen Rationalität nicht auch kollektiver Rationalität Rechnung getragen wird. Diese Unterscheidung beschreibt, sie wertet nicht. Wir können uns das an einem einfachen außenwirtschaftlichen Zusammenhang deutlich machen:

Versuchen die Unternehmen eines Landes, ihren Export zu erhöhen, so ist dies verständlicher Ausdruck individueller Rationalität. Übersteigt der Export dauerhaft die Importe, ohne dass es zu einem Ausgleich in der Dienstleistungsbilanz kommt, entsteht dadurch also ein anhaltender Leistungsbilanz-Überschuß, so widerspricht die individuelle der kollektiven Rationalität. Denn dieser Überschuss bedeutet bei freier Preisbildung (ohne entsprechenden Kapital-Export) für die Volkswirtschaft die Gefahr importierter Inflation. Die Möglichkeit importierter Inflation exportierenden Unternehmen zum Vorwurf zu machen, wäre absurd. Denn sie können im Vorhinein nicht einmal wissen, ob ihre Anstrengungen diese gesamtwirtschaftlichen Wirkungen haben. Zuständig für die notwendige Wahrung kollektiver Rationalität ist der Staat (der sie dauerhaft wirksam nur durch die Garantie freier Wechselkursen realisiert).

Diese Aussagen bedeuten nichts anderes als die Übertragung grundlegender Gedanken der politischen Theorie (und des Verfassungsrechts) auf die Wirtschaft. Definieren wir Politik als dasjenige soziale System, dessen Aufgabe in der Herstellung allgemeinverbindlicher Regelungen besteht, so ist damit die Unterscheidung von individueller und kollektiver Rationalität, nämlich notwendiger Allgemeinverbindlichkeit mitgedacht.

Zu fragen ist nun, was allgemeinverbindlich geregelt werden, welche Aufgaben der Staat im Zusammenhang einer marktwirtschaftlichen Ordnung wahrnehmen muss. Die Ökonomie hat dafür das Theorem der Unteilbarkeit und das Theorem der externen Effekte formuliert. Belastung und Zerstörung unserer Umwelt sind offensichtliche Beispiele solcher externen Effekte, die nach staatlicher Aktivität verlangen. Eingriffe des Staates sind hier nicht - wie von betroffenen Interessengruppen gelegentlich behauptet wird - Verstöße gegen die Marktwirtschaft, sondern Voraussetzungen ihrer Funktionsfähigkeit. Auch hier gilt: Kommt der Staat seinen Handlungspflichten nicht nach, so hat nicht der Markt versagt, sondern der Staat. Die von Waldrich zu Recht gerügten Praktiken sind nicht "Sündenfälle der freien Marktwirtschaft" (S.299), sondern Ausdruck des Versagens des Staates vor seinen eigentlichen Aufgaben.

5.0 Problem: Moral

5.1 Das siebte Missverständnis: Gewinnmaximierung

Nun können wir die Frage stellen, ob der Staat unter demokratischen Bedingungen überhaupt die Möglichkeit hat, kollektive Rationalität gegen sozialschädliche individuelle Rationalität durchzusetzen. Muss nicht der "marktkonforme Massenegoismus" (Waldrich S.306), der laut Waldrich mit der Marktwirtschaft entstanden ist, alle Versuche in dieser Richtung vereiteln? Sehen wir von dem wichtigen politischen Problem der Durchsetzbarkeit gemeinwohlorientierter Politik zunächst einmal ab. Ist die These richtig, dass in einer Welt ohne Märkte persönliche Nutzenmaximierung gar keinen Sinn machte? Ist es richtig, dass ohne Märkte Gewinnmaximierung gar nicht möglich ist (Waldrich S.306), dass es ohne Märkte also auch keinen Anreiz für sozialschädliche Handlungen der angesprochenen Art geben könnte?

Wird von Gewinn geredet, so denkt man an Geld. Nun wird mit Ausnahme von Onkel Dagoberth und Sammlern von Geldscheinen und Münzen keiner an Geld an sich interessiert sein. Geldscheine sind ja nichts als Papierstücke. Sie sind allgemeine Tauschmittel, die den Tausch von Gütern und Leistungen - die Konsequenz arbeitsteiligen Wirtschaftens - wesentlich erleichtern. Geldscheine sind Anrechts-Scheine auf Güter und Leistungen. Menschen sind interessiert, für ihre Arbeit Geld zu erhalten, um damit Lebensmittel, Kleider, Literatur, Ferienreisen, Konzertbesuche oder Dritte-Welt-Projekte bezahlen zu können - oder - wie unser Graf - Musiker, Baumeister, Klöster. Und sobald Menschen danach streben, sich mehr Musikaufnahmen, Gedichtbände und Fair-Trade-Produkte kaufen zu können, wenn Grafen vorhaben, mehr Klöster zu gründen, streben sie danach, ihr Einkommen zu erhöhen, streben sie - da der Begriff in der genannten These umfassend gemeint ist - nach Gewinnmaximierung.

Anders freilich scheint es bei dem indianischen Töpfer zu sein. (Falls der Kunde den geforderten Preis zahlt, hat allerdings auch er erfolgreich seinen Gewinn maximiert.) Ihm ist die Arbeitszufriedenheit offensichtlich wichtiger als mehr Geld, mit dem er sich zusätzliche Güter kaufen könnte. Nur: Der eine nimmt eine höhere Arbeitsbelastung in Kauf, um Bilder eines jungen Malers erwerben zu können. Der andere versucht, seinen notwendigen Lebensunterhalt mit möglichst geringer Arbeitsbelastung zu erhalten. Beide versuchen, möglichst viel von dem zu verwirklichen, was sie als ihren persönlichen Nutzen ansehen: beide bemühen sich um persönliche Nutzenmaximierung.

5.2 Das achte Missverständnis: Egoismus

Wir müssen wohl nicht die Einsichten der Psychologie bemühen, um zu erkennen, dass persönliche Nutzen-Maximierung zum selbstverständlichen Verhaltensrepertoire des Menschen gehört. Nicht nur zulässig, sondern zwingend ist die Frage, ob die persönliche Nutzen-Maximierung ohne Rücksicht auf die Interessen der anderen erfolgt - in der ökonomischen Analogie der Alltagssprache: auf Kosten anderer.

Vom Sonderfall des Schenkens zunächst einmal abgesehen, erfolgt persönliche Nutzen-Maximierung überall da auf Kosten anderer, wo eine Leistung ohne Gegenleistung erzwingbar ist. Der Graf kann, um das Kloster zu gründen, Leistungen seiner Bauern erzwingen, die in keinem Verhältnis stehen zu der Gegenleistung Sicherheit, die er seinen Untertanen garantiert. Erzwingbarkeit bedeutet vertikale Koordination. Gerade in der Erzwingbarkeit von Leistung ohne Gegenleistung, von Leistungen auf Kosten anderer zeigt sich nicht-marktliche Koordination. Erst die horizontale Koordination des - definitions-gemäß nichtmonopolistischen - Marktes bindet Leistung an Gegenleistung.

Leistungen, die in keinem Verhältnis stehen - natürlich stellt sich die Frage nach der Gleichwertigkeit von Leistung und Gegenleistung. Wenn ein Student einen Computer, für den er 2.000 DM zu zahlen bereit war, für 1.600 DM bekommen kann - verwirklicht er denn seine Interessen auf Kosten eines anderen? Wenn eine Putzhilfe, die 12 DM je Stunde haben wollte, 15 DM bekommen kann - verwirklicht sie dann ihre Interessen auf Kosten eines anderen? Bedenken wir die unzähligen Einzelfälle solcher Leistungs-Gegenleistungs-Relationen mit all ihren Einfluss-Faktoren, so bleibt offensichtlich nur ein Verfahren, um das Problem der Äquivalenz zu regeln: es den Beteiligten selbst zu überlassen, eine Relation zu bestimmen, auf die sie sich einigen können. Natürlich muss durch Rahmen-Entscheidungen garantiert sein, dass den Beteiligten Alternativen offen stehen. Entscheiden die Beteiligten selbst über die jeweilige Relation von Leistung und Gegenleistung, so bedeutet dies Angebot und Nachfrage, also Marktwirtschaft.

Verhandlung, Einigung - darin ist mitgedacht, dass die Beteiligten ihre eigenen Interessen im Auge haben und nicht die des anderen. Eben dies besagt ja der Egoismus-Vorwurf. Unterstellen wir einmal, Menschen handeln konsequent altruistisch: sie denken ausschließlich an die Bedürfnisse, die Wünsche anderer. Damit sie für die anderen sorgen können, muss natürlich gewährleistet sein, dass andere wiederum an sie denken. Sie können schenken, weil sicher ist, dass sie wieder beschenkt werden. Sie verschenken soviel, wie ihnen selbst geschenkt wird (08). Das Verhalten mündet in eben jenen Austausch von Leistungen, der Grundelement der Marktwirtschaft ist.

Ändert sich mit dem Tauschprinzip auch bei anderer Motivation grundsätzlich nichts an der Struktur der sozialen Beziehungen, so scheint die alternative Motivation doch wenigstens moralisch höherwertig. Dies ist sicherlich immer dort von Bedeutung, wo Menschen leistungsbedürftig, aber selbst nicht leistungsfähig sind. Unter der Äquivalenz-Bedingung des Marktes erhält nur derjenige benötigte Leistungen, der imstande ist, entsprechende Gegenleistungen zu erbringen. Ist er dazu nicht in der Lage, fällt er unter das Ausschluss-Prinzip des Marktes. Zwingende Staatsaufgabe ist es deshalb, das marktliche Leistungsprinzip der Verteilung durch das Bedürfnisprinzip auszugleichen. Konkret heißt das: Der Staat hat jedem Bürger ein Mindesteinkommen zu garantieren (09).

Jenseits notwendiger Umverteilung aber erscheint die umfassende, systembezogene Altruismus-Forderung ausgesprochen problematisch. Ihre Erfüllung setzt ja voraus, dass nicht die einzelnen Wirtschaftssubjekte selbst, sondern andere für sie entscheiden sollen. Wir können

dies informationell bestimmen: Niemand wird die Bedürfnisse und Wünsche der einzelnen Wirtschaftssubjekte so genau kennen wie diese selbst. Wir können dies moralisch bestimmen: Das Streben, ständig für Andere zu denken, zu reden, zu handeln, ist wohl eher Ausdruck von Anmaßung und Entmündigung als von Altruismus. Die Orientierung an den eigenen Bedürfnissen und Wünschen drückt zunächst einmal nichts Anderes aus als die selbstverständliche und durchaus nicht sozialschädliche Vertretung eigener Interessen.

Geschieht die Vertretung eigener Interessen unter Verletzung von Marktbedingungen auf Kosten anderer, also sozialstaatlich, so kann dies bewusst und willentlich geschehen - aber auch unbewusst und unwillentlich. In beiden Fällen ist der Staat gefordert. Generalprävention durch rechtliche Sanktionierung sozialschädlichen Verhaltens gehört zu seinen zentralen Aufgaben. Sicherlich gibt es hier noch eine Fülle von Vollzugs- und Regelungs-Defiziten. Dabei dürfte folgende Feststellung nur unwesentlich überspitzt sein: Dass Politik einerseits vieles mit fatalen Folgen zu steuern versucht, was über Märkte besser geregelt würde. Dass Politik andererseits die Erfüllung vieler Aufgaben versäumt, die über Märkte gar nicht geregelt werden können. Kaum jemand kommt freilich auf die Idee, daraus zu folgern, der Staat müsse abgeschafft werden. Erfüllt Marktwirtschaft Aufgaben nicht, die sie gar nicht erfüllen kann, scheint hingegen vielen die Folgerung nach Abschaffung von Marktwirtschaft durchaus nicht abwegig.

Die Durchsetzung eigener Interessen kann aber auch unwissentlich und unwillentlich auf Kosten anderer gehen. Beispiel Landwirtschaft: Viele Landwirte sehen ein, dass staatliche Eingriffe nicht fortgesetzt werden können, die die Produktion wachsender Überschüsse bewirken. Sie schlagen vor, diese Maßnahmen durch eine höhere Förderung des Exports von Nahrungsmitteln in Entwicklungs-Länder zu ersetzen; damit wäre beiden Seiten geholfen. Wir können nun nicht erwarten, dass jeder die - zwangsläufigen - Wirkungen durchschaut: Noch höher subventionierter Export von Nahrungsmitteln in Entwicklungsländer würde noch mehr landwirtschaftliche Produktionskapazitäten in diesen Ländern zerstören, würde Nahrungsmangel, Arbeitslosigkeit und Abhängigkeit dieser Länder steigern.

Das Fehlen solcher Einsichten in unbeabsichtigte Wirkungen des eigenen Handelns als Egoismus moralisch zu disqualifizieren, wäre ebenso verfehlt wie unwirksam. Nötig sind Verhaltensbedingungen, die derartige sozialschädliche Folgen von Handlungen ausschließen. Unter Marktbedingungen wäre die agrarische Produktion in Industrieländern deutlich geringer, in Entwicklungsländern deutlich höher als heute - sehr zum Nutzen der Menschen in beiden Weltregionen.

6.0 Schwierigkeiten der Wirtschafts-Didaktik

6.1 Aufgabe: Orientierung

Missverständnisse der Marktwirtschaft unterscheiden sich in einer eigenartigen Weise von Missverständnissen, Vorurteilen, Fehltritten zu anderen politischen Problembereichen: Wenden wir uns über das wenig aussagekräftige Bekenntnis für oder gegen Marktwirtschaft hinaus

konkreteren Fragestellungen zu, so lassen sich Urteile kaum noch in einen konsistenten Zusammenhang politischer Überzeugungen einordnen. In Diskussionen mit Lehrern z.B. wird hinter solchen Missverständnissen oft ein hohes Maß an Unsicherheit erkennbar, das in wirtschaftspolitischen Unterricht ausstrahlen muss. Es scheint an intersubjektiv gültigen Instrumenten zu mangeln, mit denen Urteile zu ökonomischen Problemen überprüft werden können.

Solche Instrumente bereitzustellen ist Aufgabe der Wirtschaftswissenschaft. Verunsicherungen der Wirtschaftsdidaktik deuten daraufhin, dass die Fachwissenschaft dieser Aufgabe nicht nachkommt. Wenn wir das Verhältnis von Fachwissenschaft und Fachdidaktik allerdings nicht im Sinne bloßer Abbild-Didaktik interpretieren, ist diese Folgerung voreilig. Die Gelenkstelle zwischen Fachdidaktik und Fachwissenschaft, so hieß es eingangs, bildet die Wissenschaftstheorie. In der Tat scheint ein Teil der angesprochenen Missverständnisse auf mangelnder wissenschaftstheoretischer Reflektion zu beruhen - vom modalen Charakter der Ökonomie, vom Formalismus des Rationalitätskonzepts war die Rede.

Die für die Wirtschafts-Didaktik wohl wichtigste wissenschaftstheoretische Qualifikation ökonomischer Aussagen hat Hans Albert mit seiner Unterscheidung von Marktsoziologie und Entscheidungslogik geleistet (10). Moderne Ökonomie enthält hochformalisierte Theorien des Rationalverhaltens von Wirtschaftssubjekten - aber sie besteht nicht ausschließlich aus solchen Theorien. Soll wirtschaftspolitische Bildung den Lernenden Orientierung in sozialen Systemen ermöglichen und erleichtern, so wird sie nicht anknüpfen an die entscheidungs-logischen, sondern an die markt-soziologischen Aussagen der Wirtschaftswissenschaft.

Dazu ist freilich zu prüfen, welche wirtschaftswissenschaftlichen Aussagen entscheidungslogischen und welche marktsoziologischen Charakter haben. Die wissenschaftstheoretische Reflektion ökonomischer Aussagen bedeutet natürlich Anstrengungen, Aufwendungen. Doch diese Anstrengungen zahlen sich aus - im Zuwachs an Rationalität wirtschaftspolitischer Bildung. Die Wirtschaftswissenschaften haben ja durchaus Erklärungen anzubieten, die Orientierung in verwirrender, chaotischer Realität ermöglichen: Das elementare Marktmodell vermag zum Beispiel für Agrarpolitik all das zu leisten, was Dieter Grosser als Lernziel politischer Bildung beschreibt: "Selbständiges Fragen ... nach dem Sachverhalt, nach Informations-Quellen und Informations-Lücken, nach Interessen und Wertvorstellungen der Handelnden und Interpretierenden, nach den vorhersehbaren Vor- und Nachteilen jeder Maßnahme" (11).

6.2 Aufgabe: Kommunikation

Wird die Wirtschaftsdidaktik auf markt-soziologisch orientierte Wirtschaftswissenschaft verwiesen, so ist die Rede von eben jener Ökonomie, die Moral aus ihren Theorien ausgeklammert hat - notwendigerweise ausgeklammert hat. Denn es wäre schlimm bestellt um Gesellschaft und Staat, müsste ausgerechnet die Wirtschaftswissenschaft uns Menschenwürde und Menschenrechte, Gerechtigkeit und Solidarität, Besonnenheit und Zivilcourage lehren. Es wäre schlimm, wenn gefragt werden würde, ob afrikanische Völker ein Lebensrecht haben, statt danach, ob export-orientierte Plantagenwirtschaft und Höchstpreise für Lebensmittel die Befriedigung der Grundbedürfnisse in diesen Ländern sichern oder nicht.

Von der Wirtschaftswissenschaft erwarten wir Aussagen über das tatsächliche wirtschaftliche Verhalten von Menschen. Die wissenschaftstheoretische Kritik ökonomischer Entscheidungs-Logik entzündet sich ja gerade daran, dass sie dieser Erwartung nur scheinbar entspricht - dass sie deshalb keinen Beitrag zum Verständnis komplexer Realität und schon gar nicht zu ihrer Veränderung leisten kann.

Ökonomie wurde oben als System nicht finaler, sondern modaler Aussagen bezeichnet. Zu den Degenerations-Erscheinungen politischer Kommunikation, damit politischer Kultur gehört die Dominanz finaler, gehört das Defizit an modaler Argumentation. In öffentlicher Diskussion wird gesagt: Wer Umweltschutz fordert, will Arbeitsplätze vernichten. Wer Beschäftigungsprogramme ablehnt, will Arbeitslosigkeit verewigen. Wer Mitbestimmung befürwortet, will die Marktwirtschaft beseitigen. Wer die Staatsquote senkt, will die Reichen reicher machen. Wer eine andere Agrarpolitik vorschlägt, will bäuerliche Existenzen vernichten. Wer Kernenergie in Frage stellt, stellt die Industriegesellschaft in Frage.

Immer wieder wird in dieser Weise moralisch argumentiert (12) - die Argumentations-Muster lauten: Die eigenen Konzeptionen sind sozial, sind moralisch. Also sind die eigenen Maßnahmen-Vorschläge, mit denen diese sozialen, moralischen Ziele realisiert werden sollen, sozial, sind sie moralisch. Kritisiert jemand diese Maßnahmen, so wendet er sich offensichtlich gegen die Ziele, denen diese Maßnahmen dienen, so ist er unsozial, unmoralisch. Eine rationale öffentliche Diskussion über politische Maßnahmen, ihre Notwendigkeit und Eignung wird unter Kommunikations-Bedingungen immer schwieriger, die von solchen Argumentations-Mustern bestimmt werden. Missverständnisse der Marktwirtschaft sind denkbar schlechte Voraussetzungen für rationale Diskussion von Umwelt-, Sozial- oder Beschäftigungspolitik.

Ideologisierte moralische Argumentation verzerrt politische Kommunikation - und sie fördert voluntaristisches, damit irrationales politisches Handeln. Die Qualität politischer Maßnahmen wird dabei ausschließlich an ihren Zielen gemessen. Ist der Wille gut, ist die Entscheidung gut. Das Stichwort Nahrungsmittelhilfe verweist auf gelegentlich katastrophale Folgen solcher Überzeugungen. Den Satz von Immanuel Kant "Begriffe ohne Anschauung sind leer; Anschauung ohne Begriff ist blind" (13) abwandelnd formuliert: Klugheit ohne Gerechtigkeit ist leer. Aber auch: Gerechtigkeit ohne Klugheit ist blind. Oder: Moral ohne Sachverstand ist ebenso verantwortungslos wie Sachverstand ohne Moral.

Gesinnungsethik ist auf Verantwortungsethik angewiesen, Verantwortungsethik auf Gesinnungsethik. Die Folgerungen aus dieser Einsicht sind leider wesentlich komplizierter als es Moral-Appelle suggerieren, die das seit Kant erreichte Problem-Niveau praktischer Philosophie ignorieren. Verantwortliche Politik darf sich nicht in Seelenmassage erschöpfen. Sie darf sich auch nicht abfinden mit moralischen Defekten. Ihre entscheidende Aufgabe besteht aber darin, die grundrechtsbezogene Funktionsfähigkeit eines sozialen Systems auch für den Fall zu sichern, dass Menschen sich nicht altruistisch verhalten.

Die politischen und ökonomischen Institutionen dürfen nicht ausschließen, dass Menschen bewusst sozialorientiert handeln. Dies würde aber weitgehend ausgeschlossen, wenn Umwelt-

schutz, schadstoff-freie Lebensmittel, Ausschreibungs-Ehrlichkeit vorrangig als Angelegenheit persönlicher Moral behandelt werden. Denn diejenigen Unternehmen, die Umweltschutz realisieren, unbelastete Lebensmittel produzieren, Ausschreibungs-Ehrlichkeit praktizieren, müssten dann Wettbewerbsnachteile in Kauf nehmen. Sozialnützlich Verhalten würde also bestraft, sozialschädliches belohnt - eine Situation, deren Perversität erkennbar wird, bezeichnen wir Kriminalität politisch nicht als Problem des Strafrechts, sondern vorrangig als Problem persönlicher Moral.

Politisches Denken und Handeln hat auszugehen nicht vom gewünschten, sondern vom tatsächlichen Verhalten der Menschen. Die politischen und ökonomischen Institutionen dürfen nicht ausschließen, dass Menschen bewusst sozialorientiert handeln. Sie dürfen es aber auch nicht voraussetzen. In der Komplexität dieses doppelten Anspruchs liegt die Herausforderung von Politik und damit auch politischer Bildung durch die praktische Philosophie.

-
- (01) Hans-Hermann Hartwich: Politische Bildung und Politikwissenschaft im Jahre 1987. In: Gegenwartskunde, Jg. 35(1987)1, S.11.
 - (02) vgl. Walter Bagel: Wissenschaftlichkeit in der politischen Didaktik. Wozu dient sie und was bedeutet sie ? In K.G.Fischer (Hrsg.): Zum aktuellen Stand der Theorie und Didaktik der Politischen Bildung. Stuttgart (4)1980, S.144/145.
 - (03) Wolfgang Reeder: Verfassung und Moral. In: F.W.Rothenpieler / H.G.Stockinger (Hrsg.): Demokratie und Recht (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 179). Bonn 1982, S. 230-290.
 - (04) Hans-Peter Waldrich: Moral und Marktwirtschaft. In: Gegenwartskunde, Jg. 35(1987)3, S.299-309. Die Seitenangaben im Text beziehen sich auf diesen Aufsatz.
S.301/302: Waldrichs erstes Beispiel: Ein indinanischer Töpfer bietet einen Krug für 1000 Pesos an. Der Kunde möchte 10 gleiche Krüge haben. Dafür verlangt der Töpfer nicht 10.000, sondern 15.000 Pesos, weil er wenig Lust hat, immer den gleichen Krug zu töpfen. Waldrich sagt, das sei gemäß den Annahmen der klassischen Ökonomie irrational.
S.304/305: Waldrichs zweites Beispiel: Ein Graf gründet im Mittelalter ein Kloster als Rückzugs-, Bildungs- und Gebetszentrum, in dem Mönche für die Ahnen und die Familie des Grafen Fürbitte hielten. Waldrich sagt, dieses Verhalten widerspreche der Verhaltensweise eines rationalen homo oeconomicus.
 - (05) einführend z.B.: Gernot Gutmann: Volkswirtschaftslehre. Eine ordnungstheoretische Einführung. Stuttgart 1981. Joachim Starbatty: Die englischen Klassiker der Nationalökonomie. Darmstadt 1985. Horst-Claus Recktenwald (Hrsg.): Ethik, Wirtschaft und Staat. Adam Smiths politische Ökonomie heute. Darmstadt 1985. W.Stützel / Ch.Martin / H.Willgerodt / K.Hohmann (Hrsg.): Grundtexte zur Sozialen Marktwirtschaft. Stuttgart 1981. R.Vaubel / H.D. Barbier (Hrsg.): Handbuch Marktwirtschaft. Pfullingen 1985.
 - (06) Ludwig Erhard / Alfred Müller-Armack u.a.: Soziale Marktwirtschaft - Ordnung der Zukunft. Frankfurt Main 1972.
 - (07) Martin Luther: Von Kaufhandlung und Wucher (1520/1524). Calwer Luther-Ausgabe, Bd.4. München 1965, S.117-122.
 - (08) Hans Willgerodt: Die gesellschaftliche Aneignung privater Leistungserfolge als Grundelement der wettbewerblichen Marktwirtschaft. In: H.Sauermann / E.J.Mestmäcker (Hrsg.): Wirtschaftsordnung und Staatsverfassung (FS Franz Böhm). Tübingen 1975, S.689/690.
 - (09) vgl. Milton Friedman: Kapitalismus und Freiheit (am. 1962). Stuttgart 1971, S.244-249.
 - (10) Hans Albert: Marktsoziologie und Entscheidungslogik. Neuwied/Berlin 1967.
 - (11) Dieter Grosser: Zum Verhältnis von Politikwissenschaft und Ökonomie in der politischen Bildung. In: W. W.Mickel (Hrsg.): Politikunterricht im Zusammenhang mit seinen Nachbarfächern. München 1979, S.113.
 - (12) Hier ist - problematisch genug, wenn wir glauben, das betonen zu müssen - natürlich der ideologische, also interessen-verschleiernde Gebrauch (nur formal) moralischer Argumentation gemeint. Zur dringenden Notwendigkeit moralischer Reflektion siehe z.B. meinen in Anm.03 genannten Text.
 - (13) Immanuel Kant: Kritik der reinen Vernunft (1787). I, 2.Tl, Abschn.I